

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf
Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23123 –**

Herausforderungen begegnen, Chancen nutzen – Die Chinapolitik Deutschlands und der EU neu justieren

A. Problem

Das wachsende politische, wirtschaftliche und technologische Gewicht der Volksrepublik China auf globaler Ebene stellt Deutschland und die Europäische Union vor neue Herausforderungen bei der künftigen Gestaltung ihres Verhältnisses zu Peking, das sein gewachsenes Gewicht zunehmend nutzt, um seinen Einfluss in der internationalen Politik vermehrt zur Geltung zu bringen, wobei es Kooperationsbereitschaft mit Dominanzstreben verbindet. Das auf autoritärer Führung und zentraler Lenkung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft beruhende politische System Chinas steht in diametralem Gegensatz zum westlichen Modell der liberalen Demokratie, wie es für die Mitgliedstaaten der EU maßgeblich ist.

Um unter diesen Umständen die Zusammenarbeit mit China fortzusetzen und auszubauen und zugleich seine eigenen Werte und Prinzipien zu wahren, muss Europa nach Auffassung der Antragsteller eigene Stärken weiterentwickeln und seine Interessen besonders dort mit Nachdruck vertreten, wo diese durch Pekings Vorgehen unter Druck zu geraten drohen. Um dabei das eigene Gewicht angemessen zur Geltung zu bringen, müsse die EU mehr als bisher geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen. Zur Verringerung insbesondere der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China sollten aus Sicht der Antragsteller zugleich die Beziehungen zu demokratischen Staaten in Asien, etwa Indien und Länder der ASEAN, ausgebaut werden, wozu Deutschland auch die „Allianz für den Multilateralismus“ nutzen könne. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, zur Umsetzung dieses strategischen Ansatzes eine Reihe konkreter Schritte zu unternehmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23123 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Frank Müller-Rosentritt
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Dr. Nils Schmid, Dr. Roland Hartwig, Frank Müller-Rosentritt, Sevim Dağdelen und Jürgen Trittin**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/23123** in seiner 183. Sitzung am 8. Oktober 2020 beraten und zur Beratung dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das wachsende politische, wirtschaftliche und technologische Gewicht der Volksrepublik China auf globaler Ebene stellt Deutschland und die Europäische Union vor neue Herausforderungen bei der künftigen Gestaltung ihres Verhältnisses zu Peking, das sein gewachsenes Gewicht zunehmend nutzt, um seinen Einfluss in der internationalen Politik vermehrt zur Geltung zu bringen, wobei es Kooperationsbereitschaft mit Dominanzstreben verbindet. Das auf autoritärer Führung und zentraler Lenkung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft beruhende politische System Chinas steht in diametralem Gegensatz zum westlichen Modell der liberalen Demokratie, wie es für die Mitgliedstaaten der EU maßgeblich ist.

Um unter diesen Umständen die Zusammenarbeit mit China fortzusetzen und auszubauen und zugleich seine eigenen Werte und Prinzipien zu wahren, muss Europa nach Auffassung der Antragsteller eigene Stärken weiterentwickeln und seine Interessen besonders dort mit Nachdruck vertreten, wo diese durch Pekings Vorgehen unter Druck zu geraten drohen. Um dabei das eigene Gewicht angemessen zur Geltung zu bringen, müsse die EU mehr als bisher geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen. Zur Verringerung insbesondere der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China sollten aus Sicht der Antragsteller zugleich die Beziehungen zu demokratischen Staaten in Asien, etwa Indien und Länder der ASEAN, ausgebaut werden, wozu Deutschland auch die „Allianz für den Multilateralismus“ nutzen könne. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, zur Umsetzung dieses strategischen Ansatzes eine Reihe konkreter Schritte zu unternehmen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/23123 in seiner 70. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 16. Dezember 2020

Markus Grübel
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Dr. Roland Hartwig
Berichtersteller

Frank Müller-Rosentritt
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Jürgen Trittin
Berichtersteller